

Niederschrift der 19. Sitzung des Kreisausschusses am 18.09.2018 - öffentlicher Teil

Datum: 18.09.2018

Zeit: 17:00 Uhr –18:51 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

Landrätin

Frau Karina Dörk Landrätin

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch SPD/BVB

Herr Uwe Neumann SPD/BVB

Herr Wolfgang Seyfried SPD/BVB

Herr Sebastian Tattenberg SPD/BVB

Vertretung für Herrn Jürgen Hoppe

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt CDU

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach CDU

Herr Henryk Wichmann CDU

Vertretung für Herrn Jens Koeppen

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler FDP

Vertretung für
Herrn Dr. Alexander Genschow

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich Grüne/RdUM

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg 1. Beigeordneter

Herr Michael Steffen komm. Dezernent II

Herr Karsten Stornowski 3. Beigeordneter

Herr Jörg Brämer Büroleiter Landrätin

Herr Dr. Hilmar Sander Herr Frank Czeslick	Amtsleiter Rechtsamt Hauptsachbearbeiter Beteiligungsmanage- ment	
Frau Britta Stengel	Stellv. Amtsleiterin Rechnungsprüfungs- amt	Vertretung für Herrn Ralf Meier

Schriftführer

Herr Björn Franke Büro des Kreistages

Gäste

Herr Herbert Heinemann Mitglied des Kreista-
ges Uckermark
(SPD/BVB-Fraktion)
Herr Dr. Jörg Mocek Geschäftsführer der
Gesellschaft für Leben
und Gesundheit mbH
(GLG)
Herr Silvio Moritz Geschäftsführer Inves-
tor Center Uckermark
GmbH (ICU)

Herr Martin De Sa Vieira
Frau Marion Deniz
Frau Brigitte Eikemper-Gerlach
Herr Jorden Jahns

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Jürgen Hoppe SPD/BVB entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Jens Koeppen CDU entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Dr. Alexander Genschow FDP entschuldigt

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt BLR entschuldigt

Verwaltung

Herr Ralf Meier

Amtsleiter Rech-
nungsprüfungsamt

entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wichmann begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Landrätin Frau Dörk, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den komm. Dezernenten II Herrn Steffen, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die Presse sowie die Gäste.

Herr Wichmann teilt mit, dass 12 Mitglieder des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Wichmann teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Wichmann stellt fest, dass ein Antrag zur Tagesordnung vorliegt.

zu TOP 2.1.1: Weiterreichende finanzielle Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark**Vorlage: AN/182/2018****Bretsch, Frank**

Herr Bretsch stellt den Entwurf des Antrages vor. Er erläutert, dass bezüglich der Förderung der Musik- und Kunstschulen bereits in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport angeregt wurde, diesbezüglich einen fraktionsübergreifenden Antrag einzubringen. Die Förderung soll sich im Haushalt 2019 wiederfinden.

Herr Banditt erläutert, dass er sich bezüglich der Förderung der Musik- und Kunstschulen nicht für einen fraktionsübergreifenden Antrag ausgesprochen hat. Er bezog sich mit der entsprechenden Aussage auf die angesprochene Schaffung von Stellen für Schulsozialarbeiter in der Stadt Schwedt.

Herr Bretsch beantragt die Aufnahme des Antragsentwurfes zur Diskussion als zusätzlichen Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung.

Herr Dr. Gerlach erläutert, dass die Thematik zuletzt im Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung behandelt wurde. Er bemängelt dass der Antragsentwurf als Tischvorlage vorgelegt wird.

Herr Regler führt aus, dass im Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung sich darauf verständigt wurde, einen fraktionsübergreifenden Antrag einzubringen, der eine Förderung sämtlicher Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark zum Inhalt hat.

(Der Antrag zur Tagesordnung wurde nachträglich als AN/182/2018 erfasst)

Der Kreisausschuss stimmt der Aufnahme des Antragsentwurfes zur weiterreichenden finanziellen Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: mehrheitlich*

Der Antragsentwurf wird als TOP 7.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Kreisausschuss stimmt der Tagesordnung (öffentlicher Teil) zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
 - 2.1.1 Weiterreichende finanzielle Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark
AN/182/2018
Herr Frank Bretsch
3. Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 - öffentlicher Teil
049/2018
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
 - 7.1 Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung
AN/172/2018
CDU-Fraktion
 - 7.2 Weiterreichende finanzielle Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark
8. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2018
BR/122/2018
9. Terminplanung 2019 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse
BR/129/2018
10. Berichterstattung der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/150/2018
11. Berichterstattung der Geschäftsführung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/151/2018
12. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2018
BR/153/2018

13. Information zur Umsetzung der Beschlüsse aus AN/109/2018
BR/154/2018
14. Petition glitzerkollektiv.de betr. Einrichtung eines OParl-Endpunktes für den
Kreistag
BV/114/2018
15. Änderung der Allgemeinen Bestimmungen, Punkt 14 der Richtlinien zur Förde-
rung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark
BV/120/2018
16. Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Brüssow
BV/123/2018
17. Änderung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
BV/127/2018
18. Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen das Land
Berlin
BV/128/2018
19. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2017
BV/130/2018
20. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016
BV/131/2018
21. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4780/15.
BV/138/2018/1
22. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4781/15.
BV/140/2018/1
23. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4782/15.
BV/141/2018/1
24. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4783/15.
BV/142/2018/1
25. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4778/16.
BV/143/2018/1
26. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4776/16.
BV/144/2018/1
27. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der
Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai
2018, Az.: VG 1 K 4777/16.
BV/145/2018/1

28. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4775/16.
BV/146/2018/1
29. Ausschreibung der Stelle eines Beigeordneten des Landkreises Uckermark/Auswahlverfahren
BV/156/2018/1
30. Eingabe betr. die Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus den Steuererklärungen öffentlicher Unternehmen des Landkreises (Eingabe von Glitzerkollektiv.de vom 18.05.2018)
BV/160/2018
31. Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen den Hessischen Landeswohlfahrtsverband
BV/163/2018
32. Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2017
BV/169/2018
33. Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2019
BV/170/2018/1
34. Änderung des Stellenplanes 2018
BV/171/2018

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 - öffentlicher Teil
Vorlage: 049/2018

Herr Wichmann stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 18. Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 - öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Wichmann teilt mit, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Wichmann stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Dr. Gerlach fragt, warum auf den Anfragen AF/176/2018 und AF/177/2018 in der Beratungsfolge neben der Sitzung des Kreistages am 26.09.2018 zusätzlich „Vorbereitung Kreistag“ vermerkt ist.

Herr Franke erläutert, dass es sich hierbei um einen Fehler handelt und mit dieser Bezeichnung der Verwaltungsvorstand gemeint ist, der in Vorbereitung der Kreistagssitzung in einer Dienstberatung intern über die Vorlagen berät. Auf den angesprochenen Drucksachen müsste in der Beratungsfolge lediglich die Sitzung des

Kreistages am 26.09.2018 erscheinen. Eine berichtigte Version der Anfragen wird erstellt und den Kreistagsmitgliedern zugesandt.

zu TOP 7: Anträge

Herr Wichmann teilt mit, dass ein Antrag und ein Antragsentwurf vorliegen.

zu TOP 7.1: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung

Vorlage: AN/172/2018

CDU-Fraktion

Herr Dr. Gerlach erläutert, dass die CDU die Absicht verfolgt, die Geschäftsordnung für den Kreistag Uckermark zu ändern.

Herr Seyfried führt aus, dass die vorliegende Beschlussvorlage vom Charakter einer Berichtsvorlage entspricht, da in der Drucksache lediglich darüber informiert wird, dass die Absicht besteht, die Geschäftsordnung zu ändern.

Eine Abstimmung über die Vorlage scheidet demnach aus.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen Herrn Seyfried zu und nehmen den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung zur Kenntnis.

zu TOP 7.2: Weiterreichende finanzielle Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark

Herr Regler merkt an, dass die Thematik mit entsprechenden Kennzahlen untersetzt werden sollte.

Herr Stornowski informiert, dass die Lieferung von fundierten Zahlen bis zur Sitzung des Kreistages am 26.09.2018 nicht möglich ist, sondern erst bis zur nächsten Sitzungsfolge im November 2018.

Herr Banditt merkt an, dass die finanzielle Unterstützung der Musik- und Kunstschulen im Zusammenhang mit der Senkung der Kreisumlage betrachtet werden sollte.

Frau Dörk erläutert, dass im Zusammenhang mit der Senkung der Kreisumlage die Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Landkreises bewertet werden muss, und welche Aufgaben den Kommunen überlassen werden, die diese dann auch finanzieren.

Herr Rohne spricht sich für den Antrag aus und begründet die späte Vorlage des Antrages damit, dass der ursprüngliche Antragsentwurf grundlegend überarbeitet wurde.

Herr Bretsch erläutert, dass die Intention des Antrages die Gleichbehandlung sämtlicher Musik- und Kunstschulen ist. Er kündigt an, den Antrag mit den anderen Fraktionen weiter abzustimmen und zur Kreistagssitzung einzubringen.

zu TOP 8: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2018

Vorlage: BR/122/2018

Der Kreisausschuss nimmt die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2018 zur Kenntnis.

zu TOP 9: Terminplanung 2019 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse

Vorlage: BR/129/2018

Herr Dr. Gerlach lobt die frühzeitige Übersendung der Beschluss- und Berichtsvorlagen, die eine tiefgründige Prüfung der Unterlagen und eine gute Vorbereitung auf die Sitzungen der Ausschüsse und des Kreistages ermöglicht. Er äußert sich ebenfalls positiv zu der frühzeitigen Aufstellung des Terminplans für die Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse sowie die Einhaltung der dort festgesetzten Termine.

Herr Rohne hebt die Koordinierung der Termine der Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse mit den Terminen des Landtages Brandenburg und des Deutschen Bundestages hervor.

Der Kreisausschuss nimmt die Terminplanung 2019 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse gemäß Anlage zur Kenntnis.

zu TOP 10: Berichterstattung der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe

Vorlage: BR/150/2018

Herr Moritz erstattet anhand einer Präsentation den Bericht der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe.

Er teilt zunächst mit, dass seit Januar 2018 die Stadt Angermünde zu den Gesellschaftern der ICU Investor Center Uckermark GmbH gehört.

Die Ausrichtung der ICU Investor Center Uckermark GmbH in der Wirtschaftsförderung ist im Vergleich zum Jahr 2017 unverändert geblieben. Die ICU Investor Center Uckermark GmbH ist tätig in der Ansiedlungsberatung, Fördermittelberatung und Gründerberatung.

Herr Moritz informiert über die Projekte der ICU Investor Center Uckermark GmbH. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) und der Germany Trade & Invest (GTAI), der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Im Rahmen des Förderprogramms „WIR! – Wandel durch Innovationen in der Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist die ICU Investor Center Uckermark GmbH engagiert, den eigenen Projekten eine Förderung zukommen zu lassen.

Herr Moritz berichtet über das Business Location Network Brandenburg, ein Verbund der Wirtschaftsförderungen der Städte Frankfurt/Oder und Schwedt/Oder, der WFBB, der IHK Brandenburg und der ICU Investor Center Uckermark GmbH. Dieses hat sich die Vermarktung der Region Ostbrandenburg in Polen als Aufgabe gesetzt.

Herr Moritz informiert, dass zurzeit 1.444 unbesetzte Stellen im Landkreis Uckermark existieren.

Weiterhin teilt er mit, dass der IHK-Arbeitskreis Nord bei dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e.V. eine Studie in Auftrag gegeben, die das Potenzial der Wirtschaftsstruktur im Landkreis Uckermark zum Inhalt hat. Die Ergebnisse der Studie sollen Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft liefern, die im Rahmen von Projekten umgesetzt werden sollen.

Herr Tattenberg fragt nach, inwieweit die Zusammenarbeit mit der WFBB suboptimal verläuft bzw. welche Aspekte verbessert werden sollten. Er fragt weiterhin nach der Entwicklung des Projektes bezüglich der außerschulischen Lernorte im Landkreis Uckermark.

Herr Moritz bemängelt eine geringe Einbeziehung der ICU Investor Center Uckermark GmbH durch die WFBB in verschiedene Anliegen, wie dem Standortmarketing Brandenburg. Eine Verbesserung der Situation zeichnet sich jedoch ab.

Auf die zweite Frage von Herrn Tattenberg antwortet Herr Moritz, dass dieses Projekt sehr gut angenommen wurde und Partner diesbezüglich landkreisweit existieren. Zuwendungen für das zweite Halbjahr 2018 blieben aus, sodass die Fortführung des Projektes ins Stocken geriet. Es liegt ein Zuwendungsbescheid für den Zeitraum ab 01.01.2019 vor.

Herr Regler fragt, inwieweit vorgesehen ist, neben dem Industriegebiet Prenzlau Nord, dem Industriegebiet Hafen in Schwedt/Oder, dem Gewerbegebiet Oderberger Straße in Angermünde und dem Gewerbepark Süd in Templin für weitere Gewerbegebiete eine 360-Grad-Darstellung zu entwickeln, wie sie auf der Homepage der ICU GmbH vorzufinden sind.

Herr Moritz erläutert, dass die meisten Gewerbegebiete zu klein sind und keine Kapazitäten für weitere Unternehmen aufweisen. Aufgrund der hohen Kosten, wird eine 360-Grad-Darstellung für diese Gebiete nicht entwickelt.

Herr Banditt führt aus, dass im Landkreis Uckermark bedingt durch die Ansiedlung großer Unternehmen, wie die PCK-Raffinerie in Schwedt, die Papierfabrik und die ENERTRAG AG, der Landkreis Uckermark als Wirtschaftsstandort durchaus Bedeutung hat.

Herr Regler teilt mit, dass im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit erläutert wurde, dass im Landkreis Uckermark in den letzten Jahren die Zahl der Berufe in der Sozialwirtschaft gestiegen ist. Er fragt, ob diese Entwicklung auch durch die ICU Investment Center Uckermark GmbH festgestellt wurde.

Herr Moritz informiert, dass im Dienstleistungsbereich und in der Sozialwirtschaft in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitsplätze stark gestiegen ist.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden wird die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 1**).

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.

zu TOP 11: Berichterstattung der Geschäftsführung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
Vorlage: BR/151/2018

Herr Dr. Mocek erstattet anhand einer Präsentation den Bericht der Geschäftsführung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH (GLG) zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe.

Herr Dr. Mocek stellt zunächst die Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH vor. Er erläutert, dass derzeit durch die GLG fünf Krankenhäuser, eine Rehabilitationsklinik und weitere medizinische und ambulante Einrichtungen unterhalten werden. Zurzeit beschäftigt die GLG ca. 3400 Mitarbeiter in den Landkreisen Barnim und Uckermark.

Weiterhin geht Herr Dr. Mocek auf die Personalentwicklung in der GLG ein. In den letzten vier Jahren wurde die Zahl der Ausbildungsplätze mehr als verdoppelt. Ein strategisches Unternehmensziel der GLG ist es, Menschen als Fachkräfte für Pflegeeinrichtungen anzuwerben, die aus der unmittelbaren Region der Einrichtungen und der Bewohner stammen.

Herr Dr. Mocek erläutert, dass es ein weiteres Ziel der GLG ist, Systeme und Einrichtungen zu schaffen, die die ambulante Behandlung von Patienten im Gegensatz zur stationären Behandlung in den Fokus stellen.

Für die Schaffung eines Pflege- und Gesundheitszentrums am Standort Prenzlau beantragte die GLG Fördermittel bei dem Land Brandenburg und beim Bund. Aufgrund langwieriger Bewilligungsprozesse erging jedoch erst ein Jahr später der Bewilligungsbescheid. Herr Dr. Mocek merkt an, dass aus diesem Grund für die GLG wirtschaftliche Einbußen am Standort Prenzlau drohen.

Herr Dr. Mocek bedankt sich abschließend für die Unterstützung durch den Landkreis Uckermark sowie die Beschäftigten der GLG aus dem Landkreis Uckermark.

Herr Dr. Gerlach merkt an, dass die medizinische Infrastruktur im Landkreis Uckermark suboptimal ist. Bestimmte Fachdisziplinen können nicht aufrechterhalten werden, da eine Abwanderung von Fachärzten zu verzeichnen ist.

Herr Dr. Mocek teilt mit, dass aufgrund der Krankenhausstruktur die GLG nur bestimmte Leistungen erbringen darf. So steht die GLG in Kooperation mit dem Krankenhaus Schwedt/Oder und dem Werner-Forßmann-Krankenhaus in Eberswalde für

die Schwerpunktversorgung. Im ländlichen Raum existieren dagegen Einrichtungen der Grundversorgung. Die in diesen Einrichtungen erbrachten Leistungen sind durch die gesetzliche Krankenhausplanung beschränkt.

Herr Bretsch merkt an, dass durch die Kooperation mit der GLG für viele Schülerinnen und Schüler Zukunftsperspektiven geschaffen werden.

Herr Dr. Gerlach fragt, welche Leistungen die GLG erbringen möchte und erbringen könnte, jedoch aufgrund der Vorgaben der Krankenhausplanung nicht erbringen darf.

Herr Dr. Mocek erläutert, dass das Anbieten bestimmter Leistungen an einem Standort stets zu Lasten eines anderen Standortes geht. Die diesbezügliche Planung der Krankenhauslandschaft ist daher eine große Herausforderung und dient dem Erhalt wichtiger Standorte der medizinischen Versorgung.

Herr Dr. Gerlach weist darauf hin, dass im Krankenhaus Schwedt zunehmend polnische Staatsbürger versorgt werden und für diese Versorgung entsprechendes Personal vorgehalten wird.

Herr Wichmann teilt mit, dass er sich im Landtag Brandenburg bezüglich der Gründe für die langwierige Prüfung des Fördermittelantrages erkundigen möchte.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden wird die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 2**).

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung der Geschäftsführung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.

Die Landrätin, Herr Moritz und Herr Dr. Mocek verlassen die Sitzung.

zu TOP 12: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BR/153/2018

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung gemäß § 29 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2018 zur Kenntnis.

zu TOP 13: Information zur Umsetzung der Beschlüsse aus AN/109/2018
Vorlage: BR/154/2018

Der Kreisausschuss nimmt die Informationen zur Umsetzung der Beschlüsse aus AN/109/2018 zur Kenntnis.

zu TOP 14: Petition glitterkollektiv.de betr. Einrichtung eines OParl-Endpunktes für den Kreistag
Vorlage: BV/114/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag lehnt die Veranlassung der In-Betrieb-Nahme eines OParl-Endpunktes für das Sitzungs-Informationen-System (RIS) des Kreistages bei der Kreisverwaltung Uckermark ab.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 15: Änderung der Allgemeinen Bestimmungen, Punkt 14 der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark
Vorlage: BV/120/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Änderung von Punkt 14 der Allgemeinen Bestimmungen der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark ab 01.01.2019 entsprechend der Anlage.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 16: Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Brüssow
Vorlage: BV/123/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Brüssow in der Fassung vom 05. Juli 2018 und beauftragt die Landrätin die Verordnung zu unterzeichnen und zu veröffentlichen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 17: Änderung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
Vorlage: BV/127/2018

Die Landrätin nimmt wieder an der Sitzung teil.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag benennt auf der Grundlage des § 131 Abs. 1 i. V. m. § 19 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) und § 17 Abs. 4 Hauptsatzung des Landkreises Uckermark (Hauptsatzung) die in der Anlage aufgeführten Vertreter als Mitglieder des Beirates für Migration und Integration (Integrationsbeirat) für die noch verbleibende Dauer der 5. Wahlperiode des Kreistages Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 18: Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen das Land Berlin
Vorlage: BV/128/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschliesst die Klageerhebung gegen das Land Berlin in einem Fall wegen Fallübernahme in die Zuständigkeit, Kostenerstattung i. H. v. 227.000 € sowie Erstattung aller weiteren anfallenden Kosten bis zur Übernahme in die Zuständigkeit.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 19: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2017

Vorlage: BV/130/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen zum Jahresabschluss 2017.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 20: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016

Vorlage: BV/131/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 21: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4780/15.

Vorlage: BV/138/2018/1

Wegen des inhaltlichen Zusammenhangs schlägt Herr Wichmann vor, über die Tagesordnungspunkte 21 bis 28 im Block abzustimmen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen dieser Vorgehensweise zu.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4780/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 22: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4781/15.

Vorlage: BV/140/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4781/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 23: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4782/15.

Vorlage: BV/141/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4782/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 24: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4783/15.

Vorlage: BV/142/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4783/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 25: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4778/16.

Vorlage: BV/143/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4778/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 26: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4776/16.

Vorlage: BV/144/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4776/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 27: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4777/16.

Vorlage: BV/145/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4777/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 28: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4775/16.

Vorlage: BV/146/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4775/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 29: Ausschreibung der Stelle eines Beigeordneten des Landkreises Uckermark/Auswahlverfahren

Vorlage: BV/156/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„1.

Der Kreistag beschließt gemäß § 131 Absatz 1 S. 1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) in Verbin-

derung mit § 60 Abs. 1 S. 1 BbgKVerf, die Stelle eines Beigeordneten des Landkreises Uckermark öffentlich und überregional auszuschreiben.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung durchzuführen und den als Anlage 1 beigefügten Ausschreibungstext zu verwenden. Die Ausschreibung erfolgt in der Märkischen Oderzeitung, Regionalausgabe "Uckermark-Anzeiger", im Uckermark-Kurier, Regionalausgaben "Prenzlauer Zeitung" und "Templiner Zeitung" sowie durch Anzeige in der Zeitung "Die Welt". Des Weiteren wird der Text der Ausschreibung ins Internet gestellt und ist unter der Adresse www.uckermark.de abrufbar.

3.

Das Auswahlverfahren zur Vorbereitung der Wahl eines Beigeordneten des Landkreises Uckermark erfolgt gemäß Anlage 2.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 30: Eingabe betr. die Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus den Steuererklärungen öffentlicher Unternehmen des Landkreises (Eingabe von Glitzerkollektiv.de vom 18.05.2018)

Vorlage: BV/160/2018

Herr Dr. Gerlach bittet zukünftig um eine frühzeitige Übersendung von entsprechendem Datenmaterial, um zum Zeitpunkt der Behandlung im Ausschuss ausreichend über die Angelegenheit im Bilde zu sein.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Anregung des Glitzerkollektiv.de, sowohl die im Rahmen der Steuererklärungen der öffentlichen Unternehmen des Landkreises anfallenden XBRL-Datensätze allgemein zugänglich zu veröffentlichen, als auch den Haushalt und den Rechnungsabschluss des Landkreises als XBRL-Datensätze zu veröffentlichen, kann nicht entsprochen werden.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 31: Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen den Hessischen Landeswohlfahrtsverband

Vorlage: BV/163/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschliesst die Klageerhebung gegen den Hessischen Landeswohlfahrtsverband in einem Fall wegen Fallübernahme in die Zuständigkeit, Kostenerstattung i. H. v. 322.000 € sowie Erstattung aller weiteren anfallenden Kosten bis zur Übernahme in die Zuständigkeit.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 32: Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2017
Vorlage: BV/169/2018

Herr Wichmann weist darauf hin, dass Herr Bretsch, Herr Rohne und er selbst wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage teilnehmen werden und er deshalb die Fortführung der Sitzung zeitweilig an seine Stellvertreterin übergeben wird.

Frau Bismar übernimmt die Leitung der Sitzung für diesen Tagesordnungspunkt.

Herr Bretsch, Herr Rohne und Herr Wichmann nehmen wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage teil und begeben sich in den Zuschauerbereich des Beratungsraumes.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark (s. Anlage) für den Jahresabschluss 2017 gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 26 Abs. 4 Brandenburgisches Sparkassengesetz.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Bretsch, Herr Rohne und Herr Wichmann nehmen wieder an der Beratung teil.

Herr Wichmann übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

zu TOP 33: Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2019
Vorlage: BV/170/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt einen Ausgleich für die Beförderungsangebote in Höhe von 6.579.636 Nutzwagenkilometern gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 10.198.435,80 € für das Jahr 2019.*
- 2. Die notwendigen Mittel sind i.H.v. 10.200.000 € in den Haushaltsplan 2019 aufzunehmen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 34: Änderung des Stellenplanes 2018
Vorlage: BV/171/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„I. Stellenplanänderungen auf Grund Tarifautomatik

1.

Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stellen der Sachgebietsleiterin Allgemeiner Sozialer Dienst im Jugendamt nach Entgeltgruppe S17, der Sachgebietsleiterin SGL Vormund-/Beistand-/Pflegschaften/Beurkundungen/ Unterhaltsvorschuss im Jugendamt nach Entgeltgruppe 11 und der Sachgebietsleiter Widersprüche/Prüfungen im Jobcenter nach der Entgeltgruppe 14 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.

2.

Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stellen Sachbearbeiter Gewässerschutz (Verwaltung), 0,725 VZE, im Landwirtschafts- und Umweltamt nach Entgeltgruppe 9c und die Sachbearbeiter Gewässeraufsicht (Techniker), 4,725 VZE im Landwirtschafts- und Umweltamt nach Entgeltgruppe 10 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.

3.

Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachgebietsleiter Rechtliche Bauaufsicht im Bauordnungsamt der Besoldungsgruppe A13 nach Bundesbesoldungsgesetz angehört.

4.

Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Futtermittelkontrolle im Gesundheits- und Veterinäramt nach Entgeltgruppe 9c der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten ist.

5.

Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Statikprüfung/wiederkehrende Prüfung im Bauordnungsamt der Entgeltgruppe 11 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

II. Stellenplanänderungen auf Grund von Organisationsuntersuchungen/Fallzahlenanstiegen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

6.

Zuführung einer Stelle (1,0 VZE) Sachbearbeiter Zulassung im Ordnungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

7.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Kostenrechnung (0,5 VZE) im Amt für Finanzen sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

8.

Zuführung einer Stelle Teamleiter Grundsicherung/Sozialer Dienst (1,0 VZE) im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

9.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Grundsicherung/Sozialer Dienst (0,6 VZE) im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

10.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Betreuungsbehörde (0,4 VZE) im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe S 12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

III. Stellenplanänderungen auf Grund von neu wahrzunehmender Aufgaben

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

11.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement (0,625 VZE) im Arbeitsbereich Beteiligungsmanagement sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

12.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Dokumentenmanagement (1,0 VZE) im Personal- und Serviceamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

13.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Verwaltung (KVHS) (1,0 VZE) im Liegenschafts- und Schulverwaltungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

14.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Steuerrecht (1,0 VZE) im Amt für Finanzen sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

15.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Digitalisierung (1,0 VZE) im Personal- und Serviceamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

16.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Kostenrechnung (0,5 VZE) im Jugendamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

IV. Stellenplanänderungen auf Grund von Strukturänderungen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

17.

Zuführung einer Stelle Amtsleiter des Amtes für Technische Dienste sowie Zuordnung zur Entgeltgruppe 14 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

18.

Zuführung einer Stelle Sekretärin des Amtes für Technische Dienste sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

19.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Technikunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) Schulen im Amt für technische Dienste sowie Zuordnung zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

20.

Zuführung von Stellen (2,0 VZE) Sachbearbeiter TUIV im Amt für technische Dienste sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 9b sowie 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zur Kenntnis genommen:

gez. Henryk Wichmann
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Björn Franke
Schriftführer